

Asylunterkunft in Kibling bis Mai fertig

Anwohner äußern bei Infoveranstaltung in Schneizlreuth Bedenken – 36 Flüchtlinge sollen vorwiegend in Zweizimmer

Von Werner Bauregger

Schneizlreuth. Wie seit Ende 2015 bekannt, sollen im ehemaligen „Caf am See“ in Kibling Asylbewerber untergebracht werden. Vor Kurzem winkte der Schneizlreuther Gemeinderat den entsprechendem Antrag vom Besitzer der Immobilie Max Aicher auf Umbau und Nutzungsänderung durch. Geplant war die Belegung ab 1. März. Da der Umbau noch nicht abgeschlossen ist, werden nach derzeitigen Stand Asylbewerber erst ab 1. Mai einziehen können.

Bei einer Informationsveranstaltung im Gasthaus Schneizlreuth am Donnerstagabend erklärten der Geschäftsbereichsleiter im Landratsamt Berchtesgadener Land „Sicherheit und Ordnung, Kommunales“ Johannes Gruber, der Gruppenleiter aus dem Bereich „Jugend, Familie und Soziales“ Bernhard Hager, der Leiter der Polizeiinspektion Bad Reichenhall Wilhelm Bertlein, Bürgermeister Wolfgang Simon sowie Diakon mit Zivilberuf und Leiter der Asylarbeit in der Caritas Station Berchtesgadener Land Johann Schmidt das weitere Vorgehen. Sie waren auch alle auf der Suche nach Unterstützern vor Ort. Spontan meldete sich hier nur eine Frau. In der Diskussion trugen direkte Nachbarn der Unterkunft ihre Bedenken gegen die geplante Unterkunft für 36 Asylbewerber vor.

Um die derzeitige Situation im Landkreis transparent zu machen, ging Gruber anfangs ausführlich auf die behördliche Abwicklung ein. Ein erster Kontakt zu den Asylbewerbern, die aus Österreich kommen, gibt es demnach in der Erstaufnahmestation in Freilassing, die bis 1. März vom Landratsamt geleitet wird. Danach übernimmt die Leitung das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF). Nach der Erfassung und einer medizinischen Untersuchung werden die Asylbewerber in die Erstaufnahmeeinrichtungen in München oder eine andere im Bundesgebiet gebracht. Die Verteilung von dort auf die Bundesländer und weiter auf die Kommunen erfolgt, abhängig von der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit und der Bevölkerungszahl, nach dem sogenannten „Königsberger Schlüssel“. Bayern muss so 15,3 Prozent der Asylbewerber aufnehmen.

Wegen des anhaltenden Flüchtlingsstromes hat der Landkreis BGL für die erste Jahreshälfte 2016 eine Aufnahmeverpflichtung von 1750 Personen. Pro-Wochen werden zurzeit etwa 30 Personen zugeordnet. Nach dem Landkreisschlüssel müsste die Gemeinde Schneizlreuth aktuell 15 Schutzsuchende aufnehmen.

Derzeit werden Asylanten im Landkreis hauptsächlich dezentral



Die Asylbewerberunterkunft (rechts) in Kibling soll bis Mai einzugsbereit sein.



Standen bei Fragen Rede und Antwort (von links): Bernhard Hager, Wilhelm Bertlein und Johannes Gruber.

– Fotos: Bauregger

in kleineren Gruppen untergebracht. Dort warten die Flüchtlinge auf den Ausgang ihres Asylverfahrens. Eine Residenzpflicht besteht nur noch für Oberbayern. Das heißt, die Asylbewerber müssen sich nicht zwingend im Landkreis aufhalten.

Auf Nachfrage erklärte Gruber, dass beim Königsberger Schlüssel leer stehende Privatwohnungen oder kirchliche Gebäude nicht ausschlaggebend sind. Geeignete Immobilien werden vom Landkreis angemietet und auch betrieben. Der Landkreis legt zudem fest, wie viele Menschen dort untergebracht werden. Wer tatsächlich kommt, erfahren die Verantwortlichen erst etwa eine Woche vor der Ankunft. Die Betreuung vor Ort wird in erster Linie von der kürzlich im Landratsamt eingesetzten Koordinatorin der Ehrenamtlichen im Bereich Asyl, Sophie Jackl, ☎ 08651/773431, und hauptamtlichen Koordinatoren wie Johannes Schmidt von der Caritas organisiert. Ohne ehrenamtliche Helferkreise wäre die Integrationsarbeit laut Gruber unmöglich.

Asylbewerber bekommen 330 Euro

Wie Hager aufschlüsselte, bekommt eine erwachsene Einzelperson nach den Vorgaben des Asylbewerberleistungsgesetzes pro Monat Geldleistungen in Höhe von 330 Euro, freie Unterkunft und freie ärztliche Versorgung für Akutfälle. Für Familien werden pro Ehegatte 297 Euro, für Kinder bis sechs Jahren 212 Euro, bis 14 Jahren 240 Euro und bis 18 Jahren 269 Euro ausbezahlt. Von diesen

Beträgen müssen Lebensmittel, Kleidung, Pflegeartikel, Verkehrsmittel und die Telekommunikation bezahlt werden. Die Beträge werden im Landratsamt bar ausgezahlt oder auf ein bestehendes Konto überwiesen. Ein solches könnte jeder Asylant mit der Bezeichnung des BAMF eröffnen.

Zum Vergleich bekommt eine Hartz IV berechtigte Person 404 Euro, Ehegatten je 353 Euro und ein Kind 261 Euro an Geldleistung. Das gezahlte Kinder- oder Betreuungsgeld wird hiervon wieder abgezogen. Darüber hinaus werden die Krankenversicherung übernommen und die Mieten bis zu einer Obergrenze bezahlt, sodass, laut Hager, Asylbewerber insgesamt nicht besser gestellt sind als Hartz IV Empfänger.

36 Asylbewerber auf sechs Anwohner

Ein Ehepaar in der direkten Nachbarschaft äußerte große Sicherheitsbedenken, weil ihr Haus tagsüber oft leer steht. Da in Kibling insgesamt nur sechs Personen in drei Häusern wohnen, halten die Nachbarn die zugeteilte Zahl von 36 Asylannten für unverhältnismäßig hoch, zumal ja in Kürze offenbar am benachbarten Schroffen weitere 40 Flüchtlinge einziehen sollen. Polizeichef Bertlein sagte hierzu, dass die Polizei mit Streifen alle Unterkünfte regelmäßig abfährt, um Präsenz zu zeigen. Zudem könnten in kürzester Zeit auch Kräfte der Bundes-, der Bereitschaftspolizei sowie Inspektion Fahndung oder Beamte der Schleierfahndung herbeigerufen werden. Insgesamt sei in den ver-

gangenen 24 Monaten nur sehr wenig Negatives passiert.

Sicherheitsbedenken hat das Ehepaar auch deshalb, weil es in der Nacht auf dem Zuweg von der Stadt und vor der Unterkunft keinerlei Beleuchtung gibt und es viele Gefahrenstellen durch die steile Böschung gebe. Da möchte das Landratsamt noch einmal aktiv werden. Es sei auch sicher problematisch, dass die Gemeinde relativ weit weg sei und die Immobilie so nicht im Fokus und unter Beobachtung stehe.

Bedenken, ob der Umbau auch brandschutztechnisch einwandfrei sei, konnten Gruber und Simon zerstreuen. Der Bürgermeister bot sich auch als Ansprechpartner an, sollte es doch zu Problemen vor Ort kommen. Auch Hager versuchte zu beruhigen: Es seien auch viele Ehrenamtliche, die Caritas und die Hausmeister, die vom Landratsamt aus für die dezentralen Unterkünfte verantwortlich sind, untertags vor Ort. Auch Schmidt bestätigte, dass in den dezentralen Unterkünften überwiegend ein sehr familiäres Verhältnis herrsche.

Wie Bürgermeister Simon sagte, seien die Bedenken durchaus legitim und würden auch ernst genommen.

Allerdings sei die Gemeinde im Endeffekt auch nur „Zaungast“ und könne wenig Einfluss nehmen. Wie Simon weiter informierte, werden in Kibling die 36 Asylbewerber vornehmlich in Zweibett-Zimmern und in nur wenigen größeren Zimmern mit bis zu sechs Personen untergebracht. Verwaltungstechnisch wird die Unterkunft auch von der Gemeinde betreut.

Wichtig sei es, trotz der Nähe und vermutlichen Hauptorientierung zur Stadt Bad Reichenhall eine Betreuungsstruktur durch einen Helferkreis aus der Gemeinde zu organisieren. Aus diesem Helferkreis heraus sollten die Asylannten bei allen Vorgängen des täglichen Lebens, bei Verwaltungsangelegenheiten, Eröffnung von Bankkonten, Behördengängen, beim Einkaufen oder beim Kennenlernen der näheren Umgebung unterstützt werden. Besonders wichtig

werden vermutlich Deutschkurse und Hilfestellungen für etwa dort wohnende schulpflichtige Kinder sein. Auch Aicher möchte solche Kurse offenbar in den Unterkünften anbieten. In erster Linie gehe es darum, die Flüchtlinge mit verschiedenen Aktionen zu beschäftigen. 20 Stunden pro Woche könnten diese, laut Hager, auch gemeinnützige Arbeit für die Gemeinde leisten.

Auf die Frage des Bürgermeisters, wer gerne in einem Helferkreis aktiv werden möchte, meldete sich spontan nur eine Frau. Geklärt wurde aber, dass eine Mitarbeit jederzeit möglich ist, unabhängig davon, wie viel Zeit man aufwenden möchte. Diese sei auch immer veränderbar. Kleider-, Spielzeug- oder Fahrradspenden sind laut Schmidt erwünscht. Diese sollten aber möglichst bei der Caritas abgegeben werden, um Verteilungskämpfe und Müllberge vor Ort vermeiden zu können. Die Fahrräder sollten verkehrssicher sein, um Unfälle vermeiden zu können. Allen Ehrenamtlichen wurde seitens der Behördenvertreter empfohlen, sich vor Haftungsansprüchen zu schützen und zu versichern. Dies sei auch über die Caritas, nach Registrierung als Helfer, möglich.

Helfer benötigen Versicherung

Zum Thema Radfahren und Straßenverkehr wird laut Bertlein in Kürze ein Informationsflyer in den Unterkünften verteilt. Bertlein warnte wegen der Haftungsfrage dringend vor selber organisierten „Verkehrsschulungen“ mit Fahrradfahrern. Auch den Asylbewerbern sollte dringend empfohlen werden, eine Haftpflichtversicherung abzuschließen, wie dies sehr erfolgreich schon in Teisendorf praktiziert werde. Um möglichst gut auf die Arbeit in Helferkreisen vorbereitet zu sein, bieten die Caritas und verschiedene andere Organisationen laufend Ausbildungen und Kurse an.